

Dear Mr. President,

30. Januar 2009

Die Augen der Welt sind auf Sie gerichtet, die Hoffnung auf einen Neuanfang ist gross. In Ihrer Inaugurationsrede kündigten Sie „eine neue Ära der Verantwortung“ an. Dieser Appell richtet sich vor allem an die Wirtschaftswelt, aber auch an die Politik – Ihre Politik. Denn die USA haben seit Jahrzehnten die internationale Regulierung von Unternehmen bekämpft und verhindert. Auch hier braucht es Wandel. Nicht nur der Finanzsektor muss sehr viel strikter reguliert werden, damit sich die aktuelle Krise nicht wiederholt. Es braucht auch dringend verbindliche internationale Regeln zum Schutz von Mensch und Umwelt. Als weltweiten Mindeststandard fordern das „Public Eye on Davos“ respektive seine Trägerorganisationen Erklärung von Bern und Greenpeace konkret:

Respekt vor Rechten – Die von privatwirtschaftlichen Grossprojekten betroffenen regionalen Gemeinschaften müssen umfassend konsultiert werden und ihre Einwilligung geben. Nur so ist sicher gestellt, dass ihre Rechte respektiert werden und auch sie von Infrastruktur- und Industrieprojekten profitieren.

Keine Straflosigkeit – Konzerne, welche massiv die Umwelt zerstören oder sich an Menschenrechtsverletzungen mitschuldig machen, sollen nicht deshalb straflos ausgehen, weil dem betroffenen Land der Wille oder die Mittel fehlen den Konzernen juristisch zu belangen. Verfahren sollten auch im Lande des Konzern Hauptsitzes und gegen die verantwortlichen Manager möglich sein.

Steuergerechtigkeit – Als Senator haben sie den „Stopp Tax Havens Abuse Act“ unterstützt, Sie kennen die schädliche Wirkung von Steueroasen. Es braucht jetzt ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen diese Grauzonen der Weltwirtschaft, um die Umgehung bestehender und neuer Regeln zu verhindern. Transnationale Konzerne müssen z.B. verpflichtet werden ihre Zahlen länderweise aufzuschlüsseln.

Klimaschutz – Ein wirksames Folgeabkommen zum Kyoto-Protokoll und dessen Umsetzung auf Länderebene muss sicherstellen, dass alle Unternehmen einer Branche ihrem Ausstoss von Treibhausgasen entsprechend in die Pflicht genommen werden.

Um gleichzeitig der Weltwirtschafts- und der Klimakrise zu begegnen, braucht es einen ökosozialen Umbau der Gesellschaft. Die ohnehin nötigen staatlichen Ausgaben zur Ankurbelung der Wirtschaft müssen in Energiespartetechnologien, CO₂-freie Energien und eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur fliessen und die Nachfrage soll durch steuerfinanzierte Umverteilung gestützt werden. Die Regulierung von Konzernaktivitäten hilft Ihren ambitionierten „Green New Deal“ zu verwirklichen. Deshalb: Dear Mr. President, regulate corporations now!

Herzlich und hoffnungsvoll grüsst Sie,

Erklärung von Bern und Greenpeace Schweiz